

Er scheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 10 Pf., vierteljährlich 1.50 Mk., halbjährlich 2.70 Mk., jährlich 4.80 Mk. Durch die Post bezogen 1.00 Mk. excl. Verlagsgeb.

„Die Neue Welt“ (Verhaltensbeilage), monatlich 10 Pf.

Verlagsred.-Anstalt: Redaktion: Dr. 888, Expedition: Dr. 1047, Verlag: Dr. 1047, Postamt: Halle/Saale

Werkstatt

Insertionsgebühr beträgt für die 6 spaltenweise Zeilen oder deren Raum 20 Pfennig. Für ausserhalbige Anzeigen 25 Pfennig. Im reaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Interate für die 6 spaltenweise Zeilen beträgt 10 Pfennig bis 10 Wochen der Expedition vorausbezogen.

Einsetzen in die Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/1 Uhr mittags.

Verlust der Selbständigkeit.

Als einen der schlimmsten Schäden des sozialdemokratischen „Zukunftstaates“ bezeichnen unsere Gegner den Verlust der Selbständigkeit. Mit Entzügen lästern sie, wie schauerhaft es sein würde, wenn kein Mensch mehr als selbständiger Unternehmer wolle und wirken könnte, sondern jedermann gezwungen als Beamter seine Arbeit vorzuführen bliebe. Die guten Leuten übersehen, daß schon heute im Gegenwärtigen, dessen Schönheit sie nicht genug zu preisen wissen, die Zahl der Selbständigen rapide abnimmt. Die amtliche Statistik läßt darüber keinen Zweifel. Man vergleiche folgende Zahlen, die wir dem Werk des Direktors Neuhaus vom Königsberger Statistischen Amt entnehmen.

In den drei Berufsabteilungen, Landwirtschaft, Industrie und Handel (die zusammen fast 85 Prozent der Bevölkerung umfassen, so daß die übrigen Berufsabteilungen neben ihnen kaum in Betracht kommen) gab es Selbständige, wenn man die Angehörigen mitzählt:

1882	1895	1907
18 800 000	18 800 000	16 900 000

Diese absolute Abnahme ist insofern nur scheinbar, weil sie lediglich die Angehörigen trifft. Bählt man die Erwerbstätigen für sich allein, so ist eine geringere Zunahme zu konstatieren, nämlich:

1882	1895	1907
5 190 000	5 478 000	5 400 000

Das ist eine ganz winzige Zunahme. Und dabei darf nicht vergessen werden, daß in der amtlichen Statistik in der Selbständigen nicht nur die Eigentümer von Betrieben gerechnet werden, sondern auch leitende Beamte, Direktoren, Pächter usw., sowie auch die armen Hausgewerbetreibenden, unter denen sich viele Heimarbeiter befinden.

Dagegen haben sich die Abhängigen sehr stark vermehrt. Die amtliche Statistik scheidet die Abhängigen in „Angestellte und Arbeiter“. Zu den Angestellten rechnen nichtleitende Beamte, Verwaltungs-, Aufsichts-, Bureaupersonal usw. Ihre Zahl betrug:

1882	1895	1907
307 000	622 000	1 291 000

Endlich die Zahl der Arbeiter:

10 705 000	12 815 000	17 885 000
------------	------------	------------

Um die soziale Verteilung der gesamten Bevölkerung zu erkennen, muß man freilich zu diesen Zahlen der Erwerbstätigen auch die der Angehörigen hinzurechnen. Dann ergibt sich für die

Angestellte	1882	1895	1907
Arbeiter	307 000	622 000	1 291 000
	10 705 000	12 815 000	17 885 000

Fällt man daneben die oben gegebene Zahl der Selbständigen mit ihren Angehörigen, so zeigt sich, daß 1907 die Selbständigen noch nicht ganz ein Drittel der Gesamtheit ausmachen. Der Prozentfuß verteilt sich wie folgt:

1907 (rund)	32 1/2 %	5 1/2 %	61 3/4 %
-------------	----------	---------	----------

Dabei ist aber der Anteil der Selbständigen zweifellos noch zu hoch gerechnet. Direktor Neuhaus meint selbst, man müsse nicht nur die Hausgewerbetreibenden abziehen, sondern auch die vielen Kleinrentner, die früher einmal selbständig waren und sich deshalb so in den Statistiken begünstigt haben, obwohl sie oft genug in schlimmster Abhängigkeit leben, als die Heimarbeiter. Desgleichen dürfen (nach Neuhaus' Angabe) nicht wenige angestellte Pächter in Wahrheit nicht weiter sein als Angestellte der Eigentümer ihres Grundstücks. Nicht man das alles in Betracht, so kommt man nach seiner Schätzung zu dem Resultat, daß die Gesamtbevölkerung unseres deutschen Vaterlandes nur zu einem Viertel aus Unabhängigen und zu drei Vierteln aus Abhängigen sich zusammensetzt. Dies bedeutet aber — und das ist die Hauptsache — einen rapiden Rückgang der Selbständigkeit in diesen 25 Jahren. Denn es betrug der Prozentfuß der Selbständigen:

1882	1895	1907
45 1/2 %	42 %	32 1/2 %

Unter den Abhängigen befinden sich naturgemäß am meisten Arbeiter. Deren Prozentfuß betrug:

1882	1895	1907
52 1/2 %	54 1/2 %	62 %

Die Angestellten sind an Zahl geringer, haben sich aber viel schneller vermehrt, nämlich wie folgt:

1882	1895	1907
2 %	3 1/2 %	10 %

Werfen wir nun noch einen Blick auf die soziale Umlagerung, gesondert nach den drei Berufsabteilungen.

Im Handel

hat die Zahl der Selbständigen zugenommen, und sogar ganz beträchtlich. Sie betrug:

1882	1895	1907
701 500	843 000	1 012 200
44 1/2 %	36 %	29 %

Wir brauchen unseren Befern nicht erst zu sagen, daß auch dies nur ein trügerischer Schein ist. Denn es gäbe im Handel als Selbständige die unglücklichen Kleinen mit, die in Verzweiflung sich einen kleinen Strem ausgemacht haben, weil ihre

Erstens in irgendeinem anderen Berufe zugrunde gegangen ist. Das zeigt ja auch schon die Tatsache, daß zugleich mit der Zunahme der absoluten Zahl der Selbständigen im Handel ihr Prozentfuß gesunken ist. Es sind eben keine Zweierbetriebe ohne Angestellte hinzugekommen, die ihre Zubehörer mit Mühe und Not über Wasser halten lassen. Die Zahl der Angestellten im Handel ist viel rascher gewachsen. Sie betrug:

1882	1895	1907
141 500	262 000	506 000
9 %	11 1/2 %	14 1/2 %

Und selbst die Arbeiter, von denen ja nur ein geringer Bruchteil auf den Handel kommt, haben viel stärker zugenommen als die Selbständigen. An Arbeitern im Handel wurden gezählt:

1882	1895	1907
727 200	1 222 000	1 960 000
46 1/2 %	52 1/2 %	56 1/2 %

In der Landwirtschaft

hat die Zahl der Selbständigen zuerst zu, dann wieder abgenommen, und zwar sowohl absolut wie relativ. Sie betrug:

1882	1895	1907
2 290 000	2 570 000	2 600 000
27 1/2 %	31 %	28 1/2 %

Die Angestellten der Landwirtschaft haben zugenommen, aber lange nicht so stark wie im Handel. Es wurden gezählt:

1882	1895	1907
1 882	1 895	1 907
1 1/2 %	1 1/2 %	1 %

Die Arbeiter haben in der Landwirtschaft zuerst ab, dann zugenommen (also umgekehrt wie die Selbständigen), aber auch nicht in bedeutendem Maße. Es gab:

1882	1895	1907
66 600	96 200	98 800
1 882	5 628 000	7 288 000
1 1/2 %	6 1/2 %	7 3/4 %

Bemerkenswert ist, daß in der Landwirtschaft die männlichen Arbeiter von 1882—1907 um rund 600 000 abgenommen, die weiblichen um 100 000 zugenommen haben.

Endlich in der Industrie

ist die Abnahme der Selbständigen am stärksten. Ihre Zahl betrug:

1882	1895	1907
2 201 000	2 062 000	1 977 000
84 1/2 %	25 %	17 1/2 %

Man braucht sie nur zu vergleichen mit der ungeheuren gleichzeitigen Zunahme der Angestellten und Arbeiter, und man kann den Gang der sozialen Entwicklung, den stets fortschreitenden Verlust der Selbständigkeit mit Händen greifen. Abgesteifte wurden in der Industrie gezählt:

1882	1895	1907
90 000	264 000	688 000
1 1/2 %	3 1/2 %	6 %

Es bleibt also dabei: wer sich an die Tatsachen hält, der muß erkennen, daß im kapitalistischen Gegenwartsstaat die Zahl der Selbständigen, die nach eigenem Wohlwollen arbeiten, mit unheimlicher Geschwindigkeit abnimmt, und daß sich aus dem jetzigen Gang der Dinge eine immer schlimmere Beschickung all derer, die mühselig arbeiten, unter den Willen und das Profitinteresse einiger Wohlplacierten ergibt, eine Anreicherung, der durch eine vernünftige sozialistische Neuordnung der Wirtschaft ein Ende gemacht werden muß.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 8. August 1911.

Zur Marokkofrage.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung gibt folgende Notiz des Berliner Lokal-Anzeigers unter der Rubrik Zeitungsschau wieder:

In England und in den englischen Kolonien zeigt man sich erregt über die Latanzennacht, daß Deutschland die Insel Rabat in Frankreich erwerben wolle. Deutschland hat keine dahingehende Absicht. Auch wenn es aber zuträfe, daß Frankreich Rabat an Deutschland abtreten wollte, so wäre es unzulässig, mit welchem Recht Frankreich in der freien Verfügung über eine ihm gehörige Insel beschränkt werden könnte. So weit ist das britische Arbitrium mündig doch nicht geblieben, daß zwei Großmächte sich von London aus vordringen lassen, worüber sie miteinander verhandeln dürfen.

Daß das Organ der Regierung diese Notiz weiter verbreitet, hat natürlich nur den Zweck, die darin enthaltene Drohung gegen England noch fruchtlos zu unterstreichen. Wenigstens weiß man aber jetzt, daß die Insel Rabat nicht als Kompensationsobjekt in Frage kommt. Dagegen fällt die alldeutsche Presse daran fest, daß Frankreichs Forderung an Deutschland abgetreten werden soll. Ueber diesen Sandhaufen schrieb der Fortschrittzeitung Herr Friedrich Adolf v. Mecklenburg am 18. März 1911 — wie die Tägliche Rundschau festhielt:

Mit den wissenschaftlichen Ergebnissen dieser Reise bin ich, soweit ich dabei in Frage kam, zufrieden. In jeder anderen Hinsicht war sie bis jetzt eine große Enttäuschung. Der

Nongo français ist zweifellos die traurigste französische Kolonie, d. h. arm und landwirtschaftlich reichlos, erst zum kleinen Teil unterworfen und sehr mangelhaft verwaltet. Wir haben Schritt um Schritt auf Schwierigkeiten. Die Zeit unserer Reize war schlecht gewählt und die Stämme in Madag und das Komagunom uns, nicht in der Nähe der großen Verkehrsadern Ubangy-Sabari-Fluß zu bleiben. Und selbst da hatten wir alle Mühe, Träger zu bekommen und unsere Leute zu ernähren.

Keine Einberufung des Reichstages. Auf das Verlangen der Nationalliberalen, den Reichstag sofort einzuberufen, gibt ein offizielles Berliner Telegramm die, natürlich ablehnend lautende Antwort. Es wird ausgeführt: wenn der Reichstag gegenwärtig käme, könne der Reichsanwalt in einer etwaigen Erklärung über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen nicht die Würde bester Überredeten, daß es nützlich zu einer Einigung komme und daß die Verhandlungen nicht im letzten Augenblicke an einem nicht vorauszufehenden Hindernis scheiterten. Deshalb sei es unmöglich, über eine diplomatische Beratungen unterworfene Frage in eingehende sachliche Erörterungen einzutreten. Erst wenn der Vertrag vorliege, werde sich der Reichstag ein Urteil bilden können, ob das Abkommen der Würde und den Interessen des Reichs entspreche. Aber auch dann wird er natürlich nicht einberufen.

Dagegen soll auf Anregung Bahrens Ende August der Kaiser sich bei Bundesrat für ausserordentliche Angelegenheiten in Berlin zu konzentrieren, um sich mit der Marokko-Angelegenheit zu befassen. — Sehr wahrscheinlich klingt diese Nachricht nicht, denn dieser Bundesratsauschuss, in dem Bahren den Vorsitz führt, ist eine Verfassungseinrichtung, die fast nie in Funktion getreten ist. Insbesondere ist dieser Ausschuss, der so recht das fünfte Rad am Wagen bildet, nie in auswärtigen Angelegenheiten oder in einem so wichtigen Auftrag worden.

Am Hofismus in der auswärtigen Politik wird nichts geändert.

Friedenskundgebung in Spanien.

Aus Madrid wird gemeldet: Sonntag vormittag fand hier eine von den Gemeinden Kastiliens, des Baskenlandes und der Allgemeinen Arbeitervereinigungen Frankreichs einberufene Versammlung statt, in der gegen jede kriegerische Expedition Marokkos Verwahrung eingelegt wurde. Die französischen Vertreter gaben die Versicherung ab, das Proletariat Frankreichs werde sich jeder kriegerischen Unternehmung durch Generalausstand und Sabotage widersetzen. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall.

Die Herrschaft des Revolvers.

In der Reichshauptstadt Berlin ist die große Schickserei, die der Polizeipräsident v. Nagow in seinem neuesten schneidigen Erlaß angeordnet hat, schon am letzten Sonntag pünktlich angegangen. Ein gänzlich harmloser Mann, der von den Polizeihelfern für einen Einbrecher gehalten wurde, wurde angehalten und am Fuß verwundet. Aber nicht rechtzeitig schied, wird bestrast, so hatte Herr v. Nagow seinen Beamten angeordnet, und sie haben danach.

Diesmal wurde ein Mann getroffen, der als unbehaglicher Liebhaber von einer Frau entfernt werden sollte und der zu diesem Zwecke von ihr fälschlich denunziert worden war. Herr v. Nagow, gegen dessen sicherheitsgefährliches Wirken die Berliner Presse fast einmütig entschiedensten Protest erhebt, ludt sich in einer Erklärung öffentlich herauszugeben, die Frau habe durch Verletzung der Behörden den Unfall verschuldet. Aber die Frau, so sehr ihre Verhättnisse auch zu verurteilen sein mag, hat nicht mit dem Revolver gehandelt, und sie war sogar auch nicht durch einen Erlaß des Polizeipräsidenten gezwungen. Der angeschossene Mann, ein Schneider namens Kubewitz, hatte den Beamten weiter keinen Widerstand geleistet, als daß er vor die Füre, die sie zu öffnen verweigerte, einen Fuß gestellt hatte. Jemand eine strafbare Handlung hat er sich sonst nicht zuschulden kommen lassen — und doch darf er sich dazu gratulieren, daß er gerade noch mit dem Leben davonkommen ist. Wird der Erlaß des Herrn v. Nagow wirklich durchgeführt, dann wird es in Berlin in der nächsten Zeit heißen von Weib und Kind, und es wird sich überhaupt kein Mensch mehr ohne Ingeheueren Panzer auf die Straße trauen dürfen. Herr v. Nagow hat seinen neuen Erlaß nicht nur herausgegeben müssen, um zu beweisen, daß er als Polizeipräsident von Berlin unmöglich ist. Aber er ist ein Junter aus allem dem Geschlecht und wegen seiner ultrareaktionären Tendenzen, seiner fast schon krankhaft anmutenden Eudt, den starken Mann zu spielen, bei seinen Klaffgenossen äußerst beliebt. Sonst hätte er schon längst den blauen Pflaster bekommen, der ihm freilich auch so, wenn er es so weiter treibt wie bisher, nicht lange ausbleiben kann!

Der Reserveoffizier kommt sozialdemokratisch — „rund um ihm!“

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Rothhoff ist Reserveoffizier des 1. Bapfenschen Trainabteilung in der Welt am Montag teilt nun Herr v. Gerlach mit: Herr Dr. Rothhoff hat bewiesen, daß er nicht bloß zu reden, sondern auch zu handeln versteht. Als Reserve-

offizier habe er bei den letzten preussischen Wahlen dem Sozialdemokratischen Kandidaten als dem kleineren Hebel seine Stimme gegeben, und die Militärbehörde habe sich wohl gehütet, gegen ihn vorzugehen.

Diese Mitteilung gibt der Deutschen Tageszeitung Anlaß zu folgender schäbigen Denunziation:

Es kann sich bei dieser Mitteilung natürlich nur um die Landtagswahlen handeln, die öffentlich sind. Herr Dr. Volt hoff möchte, wenn wir uns nicht irren, zur Zeit der letzten preussischen Landtagswahlen in Düsseldorf. Ob er als Arbeiter einem sozialdemokratischen Wahlmann oder als Wahlmann einem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme gegeben hat, wissen wir nicht. Darüber äußert sich auch Herr v. Gerlach nicht näher. Sollten Herrn v. Gerlachs Angaben richtig sein, so würde das bayerische Kriegsministerium auf einem anderen Standpunkte stehen als das preussische, auf einem Standpunkte, der uns schließlich unverständlich wäre und zu den schlimmsten und bedenklichsten Konsequenzen führen könnte, ja müßte.

Man darf gespannt sein, ob der bayerische Kriegsminister dem Druck von Berlin aus, der jetzt einsetzt dürfte, nachgeben wird.

Die Republik als Anechtungsinstrument.

Aus Portugal wird dem W. geschrieben: Die portugiesische Arbeiterklasse ist in diesem Augenblick das Opfer einer Reihe von Verfolgungen durch die neue Bourgeoisrepublik von Verfolgungen, die sie unter dem Königstum niemals zu erdulden hätte.

Die letzte Infamie der Regierung war die Auflösung der Arbeiterföderation von Oporto und des Arbeiterzentralverbandes unter dem Vorwande, diese Organisationen seien ungesetzlich.

Die konservative und reaktionäre Gestaltung der Republik tritt von Tag zu Tag mehr ans Licht. Die demokratische und liberale Maske ist gefallen; es zeigt sich, daß das gegenwärtige Regime sich in keiner Weise von den anderen Bourgeoisregierungen unterscheidet.

Dieser reaktionäre Kampf gegen die Arbeiterklasse kann, wenn er nicht rechtzeitig gestoppt wird, die Entwidlung des portugiesischen Proletariats arg unterbinden. Beim Streik der Eisenbahner von Oporto konnte man erst kürzlich sehen, daß die Regierung auf Seite der Gesellschaft trat, ihre Truppen zur Verfügung stellte, so daß nach 20 Tagen die Arbeiter besiegt wurden, während sie ohne das Eingreifen der Regierung siegreich gewesen wären.

Die Republik dient nicht dazu, daß sie dem portugiesischen Proletariat ihre Existenz verdammt. Die Bourgeoisie behauptet, daß die Arbeiter, wenn sie in den Streik treten, das Gesetz missachten. Es ist eine Republik, die sich demokratisch nennt, unzulässig, den Streik zu verbieten, nachdem sie ihn in ihrer Gesetzgebung anerkannt hat. Aber weder die Auflösung der Gewerkschaften noch die Verfolgungen der Regierung können die Gegenstände unterdrücken, die die Entwidlung des Kapitalismus und das erwachte Bewußtsein des Proletariats hervorruft. Seit einigen Monaten beruht in der Republik eine wahre Streik-epidemie. Die Streiks werden fast alle vom Proletariat verloren, denn das aufreißende Kapital frisst sich auf das Meer und die Regierung der jungen Republik. Das Proletariat ist noch nicht genügend organisiert; diese Streiks sind daher zwar hart, aber sehr eindringliche Organisationslehren.

Die reaktionäre Regierung sucht die Arbeiterbewegung von ihrer Basis zu trennen, indem sie die Anarchisten und Antirepublikaner begünstigt. Sie hofft, und zwar durchaus nicht ohne Grund, daß, wenn sie die Arbeiterklasse in diese konfuse Bewegung hineintreibt, deren Stoffkraft gebrochen werde. Es ist eine sehr ernste Zeit, und die sozialistische Partei hat eine schwere Aufgabe, wenn sie die Machenschaften der Regierung durchkreuzen will. Und zwar hat das schnell zu geschehen, ehe es zu spät ist.

Am dem Tage, an dem Don João's mit lauten Beifall im portugiesischen Parlamente begrüßt wurde, verweigerte man

unserem Genossen Silva, dem einzigen Sozialisten in der Kammer, das Wort zu einer Interpellation wegen der Aufhebung der Gewerkschaften und der Vorgänge in Oporto. Dieser Schritt hätte gegenüber den Sozialisten einen schweren Stand und es bedarf all ihrer Energie und Umsicht, die Sache des Proletariats gegen die pharisäische Bourgeoisie zu verteidigen.

Deutsches Reich.

— **Terrorismus der Eisenbahner.** Die königliche Eisenbahn-Direktion zu Königsberg beschäftigt gegen die Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter folgenden Erlaß in ihrem Amtsblatt:

Die sozialdemokratische Partei läßt sich neuerdings, um die Beamten und Arbeiter der Staats-Eisenbahnverwaltung für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen, die Verbreitung von Flugblättern anleiten. Die Beamten und Arbeiter werden vor einem Witzbringen zur Dienst- oder Arbeitsstelle oder einer Weisung sozialdemokratischer Flugblätter auf strengere gewarnt. In einem Witzbringen zur Dienst- oder Arbeitsstelle oder einer Weisung sozialdemokratischer Flugblätter wird eine Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen gesehen, die ebenso wie jede andere Betätigung im Interesse der sozialdemokratischen Partei unweigerlich die Einleitung eines Disziplinarverfahrens auf Entfernung aus dem Amte oder die Kündigungs des Dienstverhältnisses zur Folge haben wird.

— **Wie man sich ist der Justizminister** für die Eisenbahner heute schon eingerichtet — da kommen die Sozialdemokraten mit ihrem „Jutunftsstaat“ zu spät.

— **Der Kampf gegen die Arbeiterturnerschaft** wird jetzt nach berühmten Mustern auch von den Behörden in Sachsen-Meinungen unternommen. Auf Grund des neuen Fortbildungsgesetzes hatten Böhlinge des Arbeiterturnvereins Freie Turnerschaft in Saalfeld, ein Einverständnis mit den dortigen Schulbehörden und Genehmigung zur Mitgliedschaft in der Freien Turnerschaft gerichtet, worauf ihnen vom Magistrat folgender Befehl wurde:

Der Schulvorstand hat es nach § 13 des Fortbildungsgesetzes und der §§ 17 und 18 des Reichsbürgerrechts-Gesetzes für unzulässig, der Freien Turnerschaft die Aufnahme von Fortbildungsschülern zu erlauben, da die Freie Turnerschaft ein politischer Verein ist. Schüler, die schon eingetretten sind, haben ihren sofortigen Austritt zu erklären.

Die Freie Turnerschaft Saalfeld, die sich bis heute noch in keiner Weise politisch betätigt hat, wird die Angelegenheit vor Gericht bringen und dem Magistrat Gelegenheit geben, zu beweisen, inwiefern Arbeiterturnvereine politische Vereine sind.

— **Ein neuer „Spionagefall“.** Es darf kein Monat vergehen, ohne daß man „Spionen“ verhaftet. In Bremen ist unter dringendem Spionageverdacht ein aus vornehmer Familie stammender Engländer verhaftet worden. Er soll die Spionage an der Nordseelinie ausgeübt haben. Er ist angeblich Jurist, etwa 25 Jahre alt und Offizier der Heemann (freie Meeres). Der Tat soll weniger die Aussicht auf Gewinn als Lust an Spionagetätigkeit zugrunde liegen.

— **Eidhoff's Schand.** Der mit Hilfe des Reichsverbandes und des Alltagsvereins Keim in Memelbader Kreis gewählte sogenannte Fortschrittler Professor Eidhoff stand Sonntag, den 6. August, vor dem Forum einer rechtlichen Parteiengemeinschaft. Der Vorstand des Reichsverbandes Rheinland der Fortschrittlichen Volkspartei verhandelte über die Treibereien des Abg. Eidhoff und der Fortschrittler des Kreises Koenigs-Wettmann-Memelbader. Der Vorstand sprach einstimmig seine Mißbilligung aus über das von dem Herrn Eidhoff und Wilhelm Köhlig verzeichnete vertrauliche Rundschreiben des Reichswahlkomitees der Fortschrittlichen Volkspartei in Koenigs-Wettmann und die aus diesem Schreiben sich ergebende Art des Vorgehens. Der Vorstand mißbilligte weiter

das wiederholte Sondervergehen des Abg. Eidhoff und die Tatsache, daß der Abg. Eidhoff in seiner Rede versucht hat, gegenüber den schmerzlichen Bewußtseins der Abg. Seibemann Partei zu spielen, obwohl der Abg. Seibemann seine Behauptungen öffentlich aufrecht erhalten hat.

Frankreich.

— **Schärferer Kampf gegen den Antimilitarismus.** Aus Dijon wird gemeldet: Es beträgt sich, daß sechs Soldaten des 27. Infanterieregiments verhaftet wurden und daß sie vor das Kriegsgericht des 3. Armeekorps unter der Beschuldigung verwiesen sind, antimilitaristische Propaganda getrieben zu haben. Die Militärbehörden gehen seit einiger Zeit außerordentlich streng gegen die bisher unbestraften Soldaten vor, die sich an der antimilitaristischen Propaganda beteiligt haben. Es heißt, daß weitere strenge Maßnahmen gegen die antimilitaristischen Propagandisten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Arme durchgeführt werden sollen. Viel Glück!

— **Revolutionäre Lehrer.** Wie die Pariser Blätter melden, hat der Verband der Schullehrer des Departements Seine et Loire sich für den Beitritt zu einem allgemeinen Arbeiterverbande erklärt. Die Blätter protestieren hiergegen energisch und fordern die Suspendierung der Schullehrer.

England.

Der Ausbau der Eisenbahnstationen breitet sich von Liverpool mit beunruhigender Schnelligkeit aus. Es haben sich von der London and North Western Rail Way, wie von Angestellten dieser Bahn erklärt wird, bereits 2000-3000 Mann angegeschlossen. Montag vormittag wurde ein Umzug von einer Station zur anderen veranstaltet. Die Angestellten aller Stationen, mit Ausnahme einer einzigen, legten die Arbeit nieder. Die Angestellten verlangen eine Arbeitszeit von 64 Stunden wöchentlich und eine Lohnerhöhung von 2 Schilling.

Seine politische Auslandsnachrichten.

— **Royalistenverfassung in Biffaban.** Am Sonntag wurde in Biffaban ein Unterleutnant der Kavallerie verhaftet. Ein in seinem Besitz befindliches Manifest des Führers der Royalisten wurde beschlagnahmt.

— **Die Spaltung in der jungtürkischen Partei.** Der bekannte Oberst Sabit Bey reichte dem Ministerium des Inneren zur Genehmigung das Programm der von ihm gegründeten neuen Partei ein, die den Namen Ottomantische Union führt.

— **Konstantinopel, 8. August.** Der Ministerrat hat beschlossen, den Belagerungszustand über Stuzari aufzuheben.

— **Zur Lage in Persien.** Die meisten Gesandtschaften unterließen die belagerte Schulverwaltung gegen den amerikanischen Finanzdirektor. Dieser verlangt, daß alle Forderungen durch seine Hände gehen. Der Gesandte ist anscheinend in Wien abberufen der Kaiserlich-königlichen Gesandtschaft. Die Vorposten der Turkmeneu Schlangen sind mit den Regierungstruppen bei Semnan, etwa 200 Kilometer östlich von Teheran.

— **Als „Spion“ verhaftet.** In Gernomyh wurde der französische Internat Graf v. Chaillet wegen Spionage verhaftet.

Aus der Partei.

Ein verfallenes „Ministerrufen“.

Für gewisse Abgeordnete, die im ausschließlichen Parlamentarismus das Ziel der Arbeiterklasse erblicken, haben Hofgänge und „Ministerrufen“ immer wieder einen beschränkten Janker. Das ist erklärlich, weil die Verfechter eben nicht die Arbeiter, die durch einen Wandel und durch elegantes Benehmen bei den Nachhabern den Eindruck zu erwecken, die ganze Arbeiterbewegung und der dumme Klassenkampf seien ja gar nicht so schlimm, also solle man den Arbeitern das „entgegenkommen“. Ein Hofbesuch und eine Zeilnahme am

Der Freiburger Geheimbundsprozess.

In diesen Tagen sind 20 Jahre verflossen, daß deutsche Richter ein Urteil fällten, von dem selbst irgen „nationale“ Kreise auf das peinlichste berührt wurden. Die Strafammer in Freiburg in Sachsen sprach am 4. August 1886 neun bekannte Sozialdemokraten des Vergebens gegen den § 129 des Strafgesetzbuches schuldig und verurteilte die Reichstagsabgeordneten Auer, Wedel, Frohman, Hirsch, Rieder und Vollmar zu je neun Monaten, den Reichstagsabgeordneten Dietz, Lohmeyer, andere Verurteilten, Engel und Wille, zu je sechs Monaten Gefängnis. Was hatten die neun Verurteilten verbrochen, auf das ihnen eine derart harte Strafe zuteil wurde? Wir sind heute ja noch mancherlei im Kampfe gegen die „Märkte des Umsturzes“ gewohnt; aber die Urkunden, die damals zur Schädigung etlicher bekannter Parteigenossen herhalten mußten, waren denn doch einzig in ihrer Art. Im April 1883 hielt die deutsche Sozialdemokratie nach dreißigjähriger Banne ihren Kongress ab. Er mußte im Russland in Kopenhagen, stattfinden, da das Sozialistengesetz eine solche Veranstaltung auf dem heimischen Boden unzulässig gemacht hätte. Die preussische Polizei erlaubte von dem Kongress zwar erst als er zu Ende war, aber immer noch zeitig genug, um einigen der Teilnehmer die Reise zum deutschen Vaterland durch eine Sittierung einzutun. Man entließ die Festgenommenen wieder, nachdem ihre Namen festgehalten waren, und es schien anfangs, als ob damit die Sache abgetan sein sollte. Reichstagsminister Wisnawski und Polizeiminister Putzamer, die damaligen Staatsanwälte in Preußen-Deutschland, suchten sich jedoch für die Mißerfolge, die sie auf politischem Gebiet überall einbrachten, durch persönliche Rache an ihren Gegnern schadlos zu halten. So sollten denn die Teilnehmer am Auenhagen Kongress wegen Geheimbündeltätigkeit verurteilt werden. In Kiel, Berlin und Leipzig aber, wo man eine Anklage einzuweisen suchte, legten Staatsanwälte und Gerichte die an sie gerichtete Zustimmung ab und erklärten, daß keinerlei Grund zur Einleitung eines Strafverfahrens gegeben sei. Auch der Versuch, gegen die in Kiel und Neuminster festgesetzten Sozialdemokraten einen Doherratsprozess einzuleiten, mißglückte, da der Reichsanwalt hieron nichts wissen wollte. So schien bereits alles Mühen umsonst, als es dem sächsischen Justizminister Aulen gelang, in dem Oberstaatsanwalt Schmalz einen brauchbaren Mann zu finden. Die Geheimbundsanklage war fertig; aber mit der Verurteilung haperete es doch noch. Am 1. Oktober 1886 verurteilte die Strafammer 20 Mitglieder ein freisprechendes Urteil mit der Begründung, daß nach Feststellung des Tatbestandes nicht angenommen werden könne, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Verbindung unterhalte, deren Zweck, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte“. Zu

aller Ueberrauschung hob das Reichsgericht jedoch auf die Revision des Staatsanwalts hin den Chemnitzer Urteilsspruch auf und verurteilte die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer in Freiberg. In dem bei dieser Gelegenheit abgelesenen Erkenntnis stellte das Reichsgericht den Begriff der „Verbindung“ in einer Weise fest, daß der bekannte Rechtsanwalt Munkel mit Recht in seiner Verteidigungsrede vor den Freiburger Richtern sagen konnte, es sei ein Glück, daß das Reichsgericht erklärt habe, die Verbindung müsse sich auf öffentlichen Angelegenheiten beziehen, denn sonst wäre jede Familie in Gefahr, als eine Verbindung zu gelten. In dem Beschlusse des Reichsgerichts sind folgende Urteile zu finden. Das Gericht nahm nämlich an, daß die Hauptzwecke der Partei als einer geheimen Verbindung angedeutet, deren Zweck sei, verbotene Schriften in Deutschland zu verbreiten und die Tausche für das Vorhandensein dieser Verbindung wurde darin gefunden, daß der Kongress zu Kopenhagen einen Bericht über den geschäftlichen Stand des in Zürich herausgegebenen und in Deutschland selbstverständlich verbotenen Sozialdemokrat angeht hatte!

Als das Urteil rechtskräftig geworden war, sollte die Sozialdemokratie in ganz Deutschland nach dem Freiburger Beispiel verurteilt werden. Es erging eine Zirkularverfügung an die Staatsanwälte, überall Geheimbundsprozesse einzuleiten; und an zahlreichen Orten verurteilte man dem nach, dem „Umsturz“ auf diese Weise den Garaus zu machen. Doch auch die Reichstagsabgeordneten, die bekannt wurden, wurden manche drabe Parteigenossen zu harten Gefängnisstrafen verurteilt und später durch Anwendung der Ausweisungsmöglichkeit von ihrer Familie getrennt. Aber die Sozialdemokratie gedachte weiter; und keine drei Jahre waren vergangen, als die Dampfstrahlen des Sozialistengesetzes, Wisnawski und Putzamer, zusammen mit diesem Gesetz zerhackt am Boden lagen.

Klassenmenschen.

Studenten als Landarbeiter. Nach betrachtet das kapitalistische Verrentum der Proletariat als eine intellektuell und moralisch minderwertige Klasse, deren göttliche und natürliche Bestimmung die schwere Arbeit ist, an glühendem Schmelzofen, in nützlicher Dunkelheit der Hüllen, in engen Schweißwänden ist.

Wer sich der Klasse der arbeitenden Geloten beigesellt, der entwirft sich seines Denkens, und der darf sich als holländische Arbeiter nicht dem erhabenen, hehreren Studium der Wissenschaft hingeben. So ist es in der Tat nach in Deutschland.

In Berlin haben sich jüngst einige Studenten entschlossen, auf dem Lande als Tagelöhner zu arbeiten, um sich zu charakterisieren für schlechtes Essen, für eine elende Schichtarbeit für ein geringes Lohn. Unter diesen Studenten in landliche Arbeiterklasse gab

es Nationalökonom, angehende Romanistenschreiber, Übersetzer, aber auch Hungerleidende und Studenten. Und von einem solchen Darbenden erzählt ein interessanter Artikel des Berliner Tageblatts: Warum sie Landarbeiter werden.

Das Berliner Tageblatt berichtet folgendes Gespräch mit einem proletarischen Studenten:

„Wissen Sie schon“, fragte er mich, „daß der Vorwärts die akademischen Landarbeiter sehr stark angegriffen hat? Er wirft uns Landrücken vor. Ich will Ihnen sagen: Der Vorwärts hat vollkommen recht. Solche Leute mit mir brauchen die Hölle! Glauben Sie etwa, ich tue das mit meinem Vorwärts? Ich bin ein Landarbeiter, aber er verweigert, daß manche von uns auf der Universität leben wie die Hunde. Ich habe kein Vermögen, keine Unterweisung, kein Spentium. Ich muß mich selbst erhalten. Haben Sie mal Unterricht gegeben? Ja, dann wissen Sie vielleicht, wie mich das schmerzt. Es ist, Stunden zu tragen. So gut wie unmöglich ist es den meisten, so viel Stunden zu tragen, daß man davon leben kann. Uebrigens gibt es einen Moment, wo man diese fürchterliche Schinderei nicht mehr aushält. Ich bin froh, daß ich endlich einmal aus dem Land komme. Wir haben freie Station und täglich 70 Pfennig. Dessen freigeist, ich hätte es auch für 60 Pfennig getan. Das war freies Wohnen und Essen und monatlich 18 Mark bar. Seit den zwei Jahren, in denen ich studiere, habe ich so viel Überdruß über die Verteilung meiner geistlichen Lebensbedingungen, nicht gehabt! Natürlich weiß ich ganz genau, warum die Universität den Anblick des Arbeitendes begünstigt: weil die Behörden ihm freundschaft gegenübersehen, da sie davon bequeme und billige agrarische Gegenstände gegen die Landflucht erwarten. Würde es nicht nicht, wenn die Agrarier handeln, so würde man ein ganz anderes Gesicht aufweisen. Ein Student, der ein wenig zu essen hatte, wurde in Berlin Straßenarbeiter bei der „Großen Berliner“. Der Senat hat ihn relegiert. Ich persönlich finde, das werden Sie nicht. (Der Redner betrachtete einen anwesenden Arbeiter, der ein Stück Brot in die Hand nahm, und erklärte, daß er nicht an, ob man zum wissenschaftlichen Proletariat gehört oder nicht, sondern nur, ob man was leidet.“

Somit der Bericht. Da wollte sich also ein Mensch, der sich als gewöhnlicher Straßenarbeiter durchs Leben schlägt, in die aussergewöhnliche Welt der Wissenschaften mischen? Ja, wenn der Staat ausser Acht lassen und als halber oder ganzer Hochkapler sein Schuldbonus mit bangsüßendem Mark in drei Jahren belasten würde, dann wäre er wohl noch ein würdiger akademischer Bürger, vor dem alle angepöbelten Schüler, Schreiber, Revisoren und Kontrollisten tief den Hut ziehen würden.

Ja, in der bitteren Welt, da füllten, schültern, scheitern, fallen, musizieren, lauern, aber ganzer Studenten, in Deutschland aber ist ein körperlich arbeitender Student unmöglich. Denn Deutschland ist das Land der Mitte, in dem alle sozialen Klassen und Stufen prächtig blühen. An Deutschland kommt denn doch noch auf der Seite der körperlichen Arbeit ein Gläubner mal.

Liberaler Regierungskomödie.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns vom 6. August: Die englischen Parteiführer können von Glück reden, daß ernste internationale Verbindungen die öffentliche Aufmerksamkeit von dem halb komischen halb widerlichen Verhalten um die Petition ablenken haben. In den letzten 14 Tagen haben sich ganz erstaunliche Dinge zugezogen, die wohl geeignet gewesen wären, dem Teil des englischen Volkes, das noch an den Ernst bürgerlicher Parteikämpfe glaubt, gründlich die Augen zu öffnen.

Wie sehen die Dinge mit der Oberhausfrage? Die Führer der beiden großen Parteien in beiden Häusern des Parlaments, Asquith und Lord Morley, Balfour und Lord Lansdowne, hatten unter einander abgemacht, daß die Petition in wesentlich derselben Form, wie sie das Unterhaus verlassen, beschickt werden sollte. Aber eine Anzahl Hinterwäldler unter den Lords machten Miene, entgegen der Parole ihrer Führer auf den Amendements des Oberhauses zu bestehen. Um diese Rolle jener ihrer Anhänger, die für ihre Klassen und Ranginteressen auch wirklich zu kämpfen bereit waren, niederzuschlagen zu können, erludeten die konservativen Führer ihren Freund, den Ministerpräsidenten, seine Trumppfarte auszuspielen und zu erklären, daß er vom König die Erlaubnis zum Petitionsbeschick erhalten habe. Asquith tat das in Form eines Briefes an Balfour, der zuerst von Lord Lansdowne den revidierten Lords vorgelesen wurde. Damit war die Geschichte natürlich endgültig abgetan, und den Hinterwäldlern blieb nichts übrig, als sich nicht etwa den grimmigen Selben von der liberalen Regierung, aber ihrer eigenen Parteiführer, deren Autorität sie freudlich anerkennen wollten, zu ergeben. Daß es zu keinem großen Petitionskampf kommen würde, war von dem Augenblicke an so sicher, wie nur etwas in der Politik sein kann. Aber ganz ohne Spaß sollte es doch nicht abgehen. Dererrat, den die Parteiführer an den Hinterwäldlern geübt, versetzte deren Freunde in einen Zornausbruch. Als Asquith am vorigen Montag seine Antikörper im Unterhause vortragen wollte, wurde er von einem Teil der Konservativen niedergeworfen und auf die Erde geschleudert, die die Presse der beiden Parteien einmütig für unehrenhaft unter allen Umständen für die ursprünglichen Amendements der Lords zu stimmen, was immer auch die Parteiführer beschließen mögen. Der junge Rival des Herrn Balfour, Ex-Schachlauer Außenminister, zeigte den Rebellen offen seine Sympathie, ohne sich aber zu sehr zu exponieren. Bei allen diesen Anlässen wurden auch Briefe oder Telegramme des alten Joseph Chamberlain, des einstigen Rivalen Balfours, vorgelesen. Die sibirischen Kommunisten des großen Propheten der Tarifreform und des Zingotismus, der, um einen neuen Ausdruck zu gebrauchen, nicht mehr im Volksheiß seiner Idealen und geistigen Kräfte ist, mußten noch immer dazu beschaffen, den un-

entwegten Reaktionen und ihren Anhängern Begeisterung einzulößen.

Die Sache begann für Asquith, Balfour, Lansdowne u. Co. etwas kritisch zu werden. Wie, wenn die Rebellen genug Leute im Oberhause müßten können, um bei der Verabschiedung der Petition die liberalen Lords niederzukämpfen? Sollte man schließlich denn doch zugestehen werden, auf den schier unendlichen Ausweg des Petitionsbeschick zu verfallen? Asquith kam sofort mit einem Retrorschritt an. Er sagte zu Lansdowne etwa folgendes: „Den ganzen Krampf haben wir die zu veranlassen, denn nur um dich zu retten, habe ich mich zu der Drohung mit dem Petitionsbeschick entschlossen. Deshalb ist es jetzt keine Pflicht, uns aus der Patzse zu helfen. Der Petitionsbeschick muß unter allen Umständen vermieden werden. Und sollten deine Rebellen wirklich für die Beibehaltung deiner Amendements stimmen, dann erwarde ich von dir, daß du mit deinen Getreuen auch nicht nur der Stimme enthalte, sondern gegen die Amendements stimmen.“ Das war gewisslich ein sehr hehrer Apfel für Lord Lansdowne, aber er scheint sich democh erst entschlossen zu haben, anzunehmen. Kaum gelangte aber eine Mitteilung davon in die Öffentlichkeit, als die Rebellen einen solchen Anlauf zu schlagen begannen, daß Lansdowne von dieser Absicht absehen mußte, wenn er die Regierung der konservativen Partei nicht gefährden wollte.

Was nun? Es begann das große Köpfegehen. Lord Lansdowne richtete einen Brief an alle konservativen Lords und fragte an, ob er in seinem Entschlusse, die Petition passieren zu lassen, auf ihre Unterstützung rechnen könne. Nach und nach ließen die Antworten ein. Es zeigte sich, daß die Parteiführer von 85 konservativen Lords nichts zu fürchten hatten. Sie alle hatten erklärt, sich mit Lord Lansdowne der Zustimmung zu enthalten. Damit war aber noch nicht viel gewonnen. Das Oberhaus hat insgesamt 688 Mitglieder; wie würde sich der Rest verhalten? Auch Lord Morley gab die Häupter seiner Lieben. Er stellte sich heraus, daß ganze 76 liberale Lords bereit waren, für die Petition und gegen die Amendements zu stimmen. Nun galt es, die Stärke der Rebellen festzustellen. Da diese es für ratsam hielten, kein Licht über diesen Punkt zu werfen, beschickte die Parteiführer auf ein solches Mittel. Sie ließen in der Nacht Mann eine Liste der Rebellen veröffentlichen. Diese protestierten zwar, daß sie nicht anständig sei, aber durch das Stillschweigen, die Proteste und Korrekturen der Lords selber, konnte die Zahl der Rebellen schließlich doch annähernd genau festgestellt werden. Sie beträgt 69. Die Liberalen waren also um sieben Mann stärker, wenn der Rest — 126 Lords, die zum Teil indifferent sind und zum Teil die profane Schmelze des Parlaments überhaupt nicht betreiben haben — seinen Strich durch die Rechnung macht. Auch 20 Mißverständnisse erwartete.

Genug, die Regierung hat als Ergebnis dieser arithmetischen Leistungen den heroischen Entschluß gefaßt, keine Petition zu erkennen, sondern die Abstimmung im Unterhause zu riskieren. Mit der furchterlichen Drohung allerdings, daß, wenn ihr jetzt eine Niederlage im Oberhause bereitet werden sollte, dann werde sie sich durch keine Witten von dem Aufmarsch der ganzen 500 neugeborenen Wesen abhalten lassen. . . . Und doch sind die Leute, die diese Komödie ernst nehmen, noch nicht völlig alle geworden!

London, 8. August. Balfours Misstrauensvotum ist in später Nachtstunde mit 365 gegen 248 Stimmen abgelehnt worden.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 8. August 1911.

Sitzung der Parteikonferenz.

Am Donnerstag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr findet im Volkspark eine gemeindefreie Sitzung der Parteikonferenz des Sozialdemokratischen Vereins nach § 12 der Satzung statt. Sollte einer der Distriktsführer verhindert sein, dann teilzunehmen, so ist in die Sitzung der Stellvertreter zu entsenden, da jeder Distrikt unbedingt vertreten sein muß. Der Vorstand.

Die Pfingstfeier der Polizei

im Volkspark, über die wir des öfteren berichtet haben, beschlossene geseien das heilige Schöffengericht. Das Gericht sollte es leider ab, die uns interessierende Sammlungsfrage zu prüfen: „War der Kommissar Sommer zur Auflösung der angeblich politischen Versammlung berechtigt?“ Jedemfalls wird diese Frage in der Berufungsinstante geprüft werden; dann wenn jemand die bestenfalls lebendige Zeugen hat, er weilt in seiner öffentlichen oder politischen Versammlung, dann kann man von ihm auch nicht verlangen, daß er unbedingten Anforderungen der Polizei nachkommen soll. Allerdings kann leider das Gericht bestätigt, daß unter Umständen auch unbedingten Anordnungen der Polizei nachzukommen ist und gegen solche Anordnungen wird dann gewöhnlich der Beschwerde empfohlen. Wie es aber mit den Beschwerden gegen die Polizei ausstieht, darüber brauchen wir unsere Leser nicht mehr den Kopf zerbrechen. Das Schöffengericht stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Versammlung — ob berechtigt oder nicht berechtigt, bleibt dahingestellt — aufgelöst, so hat sich jeder Teilnehmer sofort zu entfernen.

Angelagte waren die Jugendbrennen Schrieffler Hugo Stöls, Bruno Burgau und Kerndorfer Max Jörg von Raumburg, — 18 bis 20 Jahre alt — die am Nachmittag des 5. Juni an einer öffentlichen Versammlung teilgenommen und sich nach deren Auflösung nicht entfernt haben sollen. Die Drei betrauten, von der Auflösung der Versammlung irgend etwas gehört zu haben. Von einer Versammlung sei gar keine Rede gewesen, sondern nur von einer photographischen Aufnahme. Allerdings müßten sie im Saal gewesen. Ihre Entlassung ist unbegründet erfolgt. — Kommissar Wiestle sagte aus, es fand eine Versammlung des Jungs, Jugendbrennen statt, die von dem Kommissar Sommer aufgelöst wurde. Dann meinte Zeuge, es hätten Personen mit Säcken und Bierseideln auf Tischen und Stühlen gestanden und gerufen: „Saut sie raus, nieder mit der Polizei!“ (Entlassungszeugen waren leider nicht geladen). Ein Redner sei mit Gewalt von der Bühne heruntergeholt worden. Die jungen Leute blieben aber an Tischen sitzen und sagten, wir gehen nicht. Nach der ersten Aufforderung sei mindestens 5 Minuten gewartet worden. Kommissar Sommer behaupte, daß die Versammlung habe politisches Gebiet betreten; deshalb habe er auf Grund des Reichstagesgesetzes die Versammlung, die von Personen im Alter unter 18 Jahren besucht war, auflösen müssen. Ein Sachverständiger behauptete im wesentlichen die Angaben der Kommissare. — Der Amtsanwalt fuhrte darauf, die Versammlung trug einen öffentlichen politischen Charakter und da die Auflösung erfolgt war, hätten sich die jungen Leute entfernen müssen. Da sie sich weigerten, bestrafte er eine Geldstrafe von je 15 Mark, an deren Stelle jeder Tage Haft. Das Gericht schloß sich der Ansicht des Amtsanwalts an und

Zwei feindliche Welten.

Roman aus der Arbeiterbewegung.

Von Jan van den Tempel.

Aus dem Holländischen Übersetzt von Georg Winterer. (Schluß.)

„Pater schüttelte absehend den Kopf. — „Wein, Papa, es muß tiefer gegraben werden. Gebieten wir den Reuten weiter nach als die Aube, dann wählen sie einfach im stillen weiter. So bin den Kollegen gegenüber moralisch verpflichtet, in der geschändeten Bestimmung des Lebens voranzugehen.“

„Er machte eine Weile den Blick flarr auf Branden gerichtet. Keine Christine war aus dem Zimmer geflohen. Sophie, die sich selbst überlassen, schien in Sinnen verloren, den Kopf geneigt, lauschte aufmerksam.“

„Das Hebel muß mit der Wurzel ausgerissen werden: machen wir die Vordermannen unzufrieden, dann kommen wir vorwärts.“

„Die Augenlein des Schwiegersväters glänzten vor Genuß; bedächtig umspannte Müller das Knie mit den Händen.“

„Auf den Paulen Müllers ist es besonders bedenklich. Dort arbeitet Lucas Rork, und dieses Burschen ist die Seele der Bewegung. Wenn ich es nur könnte bringen könnte, daß er die Organisation im Stiche ließe!“

„Er lädelte unwillkürlich bei dem Gedanken an einen eventuellen Erfolg. Branden nidte voll Begeisterung.“

„Ich glaube, das wird immer zu erreichen sein. Aber gelang es nicht, dann statuiert man ein Exemplar — dann werdet ihr Wort ohne Bezug hinaus.“

„Aber Mann!“ rief Sophie erschrocken dazwischen.

„Müller lehnte sich ärgerlich um, unterdrückte aber die erste Aufwallung, sie barst anzuhören, und sagte nur mit einem spöttischen Lächeln.“

„Es warte, haben wir denn einen dritten Teilnehmer?“

„Am Rorker lächeln wir vielleicht doch ungenügend“, meinte Branden, sich erhebend.

„Ich nein, Papa, wir können es hier vollends abmachen“; läßt die erwidern, Branden fragte er teilnehmend.

„In ihren Augen wollten sie Tränen auslassen. Was soll aus der Familie werden, wenn du den Mann entläßt?“

„Ich, Kind!“ mischte der Alte.

„Wein, Papa, widerstand Müller, diese Frage muß aufgestellt werden. Sophie hat die Unterhaltung über nur halb verstanden. Es ist notwendig gar keine Rede von Entlassung. So ist's, Branden, ichau nur nicht so unglücklich. Ja ichau, der Mann anzuraten, sich aus dem Gewerkschaftsleben zurückzuziehen. Folgt er diesem Rat, dann wird er wohl dabei fahren, das verpöndliche ist. Mein höchster Wunsch ist, daß es ihm recht gut geht in der Welt — das nimmt du doch wohl mit mir an.“

„Es nichte bedenkend.“

„Aber will er nicht — ja, dann muß er die Folgen tragen. In diesem Falle siehe ich machlos da. Wir können doch nicht Hunderte von Reuten unglücklich machen um eines einzigen

willens; das allgemeine Interesse, Kind, geht allem andern vor. Aber ich verweigere dir nochmals, keine Mühe zu sparen, um ihn von der Verantwortlichkeit unseres Rates zu überzeugen. Willst du es, so müßte ich auch die Möglichkeit eröffnen, seine Position zu verbessern.“

„Und glaubst du, daß er einwilligen wird?“ fragte sie zögernd.

„Er würde zweifeln mit den Achseln.“

„Nun“, sagte sie herzlich, „ich hoffe im Interesse der Familie, daß der Mann einwilligen wird.“

Branden hob behutlich sein Schmausglaschen vom Tisch und lugte darüber hinweg zu seinem Schwiegersvater hinüber, wobei er dreis, viermal in den glänzenden Augenlinen bewundernd blinzelte.

XXXVIII.

Am nächsten Morgen fand Müller schon früh vor dem Stod von fünfzehn Gütern auf der gelben Hofbänke.

„Ich muß eine Unterredung mit Rork haben, benachrichtigen Sie den Mann“, beauftragte er den Bauführer.

„Im kleinen Kontor lehte er sich mit dem Rücken gegen das Wand und wartete regungslos. Bald kam Rork, mit der blauen Schürze angetan, das Mühlchen auf in die Stürze gedrückt. Radcliffe lächelte Müller ihm einen Eis an.“

„Lucas Rork, ich habe Sie rufen lassen, um namens unserer Firma eine sehr, sehr ernste Frage mit Ihnen zu besprechen.“

„Der Unternehmer richtete seine halblangen Augen scharf auf den Zimmermann.“

„Zu unternen Zeitweilen, unserem größten Leidwesen haben wir bemerkt, daß die ganze Bauelei inhumanität demutlich wird. Ihre Vereinigung hat an die Unternehmerorganisation die Forderung um Lohnerhöhung gerichtet, und offenbar in der Überzeugung, daß diese Unternehmer eine solche Forderung nicht zurückweisen werden, nicht heulen lassen, nicht nur über die Unzufriedenheit gefaßt, auf alle mögliche, selbst die bedenklichsten Weise die Organisation zu stärken verhandelt. Es ist selbstverständlich, daß die Aufhebung der Leute zu dem ausgeprochenen Zweck, die Unternehmer zum Nachgeben zu bringen, und sehr zu wünschen ist. Sie nehmen die untere Bewegung eine der ersten Stellen ein — kurz und gut, das können wir nicht dulden.“

„Er wartete eine Weile, aber Rork wartete weiter, in geschulter Haltung, die Hände trampfahrig auf dem Rücken verschränkt.“

„Inläßt!“ so fuhr der Unternehmer fort, „als Müller Sie einstellte, machte mir das Vergnügen, wahrhaftig. Ich gönne Ihnen und ihrer Familie das Beste. Darum ist es mir doppelt leid, daß sie an der Spitze der Arbeiter stehen, deren heftiges Streben wir mit allen — meinen Sie wohl — mit allen Mitteln beschwächen werden. Unsere Firma hat eingesehen, daß es unter diesen ersten Verhältnissen heilige Pflicht ist, energisch einzugreifen. Wollen Sie unterm dringenden Rate folgen und sich aus der Bewegung zurückziehen, dann beschreiben Sie ein Verzeichnis für unter amtes Gewerbe und eröffnen sich zugleich den Weg zu einer Verbesserung der eigenen Lebenslage. Beschreiben Sie mir, diesem Rate zu folgen — sonst . . .“

„Der schneidende Ton, in dem die letzten Worte geäußert wurden, verklärte die Drohung. Rork schaute durch das

staubige Fenster nach dem Horizont über den Feldern — die schwarzen Augen waren glänzend, daß die Rodenmarken in dem grauen Gesicht hoben sich weiß ab.“

„Wenn ich gut überleben habe“, begann er gährend, „so kann ich, wenn ich meine Prinzipien verleihe, das ein Butterbrot gewinnen.“

„Weshalb, mein Lieber; wer rehet von Prinzipienverletzung? Eine alberne Phrase. Sie können sich nicht mit dieser unflingigen Lohnforderung identifizieren und schießen sich aus der Bewegung zurück, das ist alles.“

„Er redete sich, mit höchstem Gesicht; Rork fand nicht dort ihm.“

„Sendrit Müller, Ihr Vorschlag ist schädel überlegt; Sie kennen mich. Sie kennen meine Frau . . .“

„Der Mann nickte, er nickte die Achseln und maß mit großen Schritten den engen Raum.“

„Sie müssen recht verstehen, mein Lieber; Weigerung ist gleichbedeutend mit sofortiger Entlassung.“

„Rork wählte sich mit der Schürze die leuchte Stürze ab.“

„Sie sollen unter Anwaltsrecht an, mein Herr Müller, und so kommt es unerschrocken zum Kampf, und das ist sicherlich nicht in unserem beiderseitigen Interesse.“

„Nat verlange ich nicht, verziehen Sie mich? Meine Absichten waren gut — Sie haben nun selbst die Folgen zu tragen. Kampf im Arbeitgeber — man soll es nur wagen.“

„Eine Nachfrage, mein Herr“, sagte Rork kühl, indem er sich fest auf die Stühle drückte, da ihm vor Kopf hoch schämte.

„Schreiben Sie Ihren Sohnsettel“, gebot Müller, „dort ist Papier und Bleistift. Sie können bis Sonnabend rechnen. Und nehmen Sie sofort Ihre ganzen Sachen mit.“

„Er begann seine Zeitsche zu packen, an allen Ecken abzurufen, aber er Rork herbei.“

„Der Mann ist entlassen, muß augenblicklich vom Bau mit seinen finstlichen Sachen. Der Junge kann helfen — schicken Sie ihm nach einem kleinen Kasten.“

„Aber der leidenschaftliche war, änderte er ein wenig.“

„Vorwärts, wenn's möglich ist!“ befahl Müller rau. Langsam entfernte sich der Bauführer, um den Jungen zu holen. Der Unternehmer sah den Sohnsettel durch und zählte das Geld hin. Gestalten Paulus ging Rork zum Bau zurück.

„Im dritten Stod wartete die Rork.“

„Er wartete, und was ist denn geworden?“

„Entlassen!“

„Vermaledeit ihn der Teufel tausendmal.“

„Still, mein Lieber“, mahnte Lucas. „Benachrichtigte Schöbgen und Grutter ist, daß die Anders es nicht werden.“

„Aber, mein Lieber, zeichne zu packen, an allen Ecken abzurufen, aber mit klaren Augen. Bald kamen die Rork, Schöbgen und Grutter, aber auch Rork und Stof und andere; die Leute schienen infinitiv zu hüßen, daß etwas los sei.“

„Entlassen!“ schmeitelte die Rork.“

„Wir müssen den Rorker zurücknehmen“, murkte Rork. Von allen Seiten stimmte man ihm aufgeregt bei. Rork fand mitten in dem Kreise.“

„Du, vor allem du solltest gefeierter sein, Herr Rork“, tabelte er gutmütig. „Wegen einer einzigen Entlassung dürfen wir nicht unsere ganze Bewegung vorzeitig in die Wagschale

